

Innenpolitik

* (5)

Zuständigkeitsbereiche der Spitzenpolitiker des Staatsrats

Die 1. Plenarsitzung des Staatsrats (guowuyuan quanti huiyi), d.h. des Kabinetts, fand am 10. April 1993 statt. Dem neuen Kabinett gehören 46 Personen an, die 55 Kabinettsposten innehaben. Das Kabinett setzt sich wie folgt zusammen:

- Ministerpräsident
- stellvertretende Ministerpräsidenten (4)
- Staatsratskommissare (8)
- Generalsekretär des Staatsrats (gleichzeitig Leiter des Hauptbüros des Staatsrats)
- Kommissionsvorsitzende (9)
- Minister (29)
- Präsident der Volksbank (Zentralbank)
- Präsident des Rechnungshofs.

Auf der 1. Plenarsitzung des Kabinetts wurden u.a. die Zuständigkeitsbereiche der Mitglieder der Ständigen Konferenz des Staatsrats (guowuyuan changwu huiyi) festgelegt. Die Ständige Konferenz ist das Höchste Führungsorgan der Zentralregierung und tritt mindestens zweimal im Monat zusammen. Ihr gehören die Amtsinhaber der folgenden Spitzenpositionen an:

- Ministerpräsident
- stellvertretende Ministerpräsidenten (4)
- Staatsratskommissare (8)
- Generalsekretär des Staatsrats (gleichzeitig Leiter des Hauptbüros des Staatsrats).

Über die neu beschlossenen Zuständigkeitsbereiche der Mitglieder der Ständigen Konferenz des Staatsrats wurden offiziell keine Angaben gemacht (siehe RMRB, 11.4.93). Die Hongkonger KPCh-orientierten Publikationen *Wen Hui Bao* und *Guangjiao Jing* sowie die Hongkonger Zeitschrift *Jingbao* veröffentlichten hingegen Einzelheiten über die neuen Zuständigkeitsbereiche der einzelnen Spitzenpolitiker des Staatsrats. Demzufolge ist die Arbeitsteilung unter den Mitgliedern der Ständigen Konferenz des Staatsrats wie folgt:

Li Peng (Ministerpräsident): allgemeine, umfassende Leitung der Arbeit der Zentralregierung; besondere Zuständigkeit für Überwachung, Rechtssystem, Rechnungsprüfung, Personalwesen, Strukturreform der Regierungsorgane

Zhu Rongji (stellvertretender Ministerpräsident): tagespolitische Führungsarbeit des Staatsrats; besondere Zuständigkeit für Wirtschaft (Industrie und Landwirtschaft) und makroökonomische Steuerung, Staatsfinanzen, Steuern und Wirtschaftsreformen

Zou Jiahua (stellvertretender Ministerpräsident): Führung über 17 Kommissionen und Ministerien, darunter Planung, Industrie, nationale Verteidigung, Arbeit, außenwirtschaftliche Beziehungen und Außenhandel

Qian Qichen (stellvertretender Ministerpräsident): Außenpolitik, Hongkong und Macao, Auslandschinesen, Taiwan

Li Lanqing (stellvertretender Ministerpräsident): Außenwirtschaftliche Beziehungen und Außenhandel, Erziehung, Binnenhandel, Industrie- und Handel [in Privateigentum]

Li Tiesing (Staatsratskommissar): Wirtschaftsreform; außerdem: Kultur, Sport, Presse, Verlagswesen, Radio, Fernsehen, Filmwesen

Chi Haotian (Staatsratskommissar): Verteidigung

Song Jian (Staatsratskommissar): Wissenschaft und Technik, Umweltschutz, Luft- und Raumfahrt

Li Guixian (Staatsratskommissar): Bankwesen

Chen Junsheng (Staatsratskommissar): Landwirtschaft, Wasserwirtschaft, Unterstützung armer Gebiete

Ismail Amat (Staatsratskommissar): Nationalitäten

Peng Peiyun (Staatsratskommissar): Familienplanung, Gesundheitswesen

Luo Gan (Staatsratskommissar): Öffentliche Sicherheit, Rechtswesen, Zivilverwaltung, Staatsratsorgane (GJJ, 1993/5, S. 18-19; Wen Hui Bao, Hongkong, 2.5.93, in SWB, 5.5.93; JB, 1993/5, S. 38)

Eine Analyse der Zuständigkeiten der verschiedenen Spitzenpolitiker des Staatsrats ergibt folgende Ergebnisse:

- Die Zentralregierung wird von zwei Generalisten geführt, nämlich von Ministerpräsident Li Peng und seinem ranghöchsten Stellvertreter Zhu Rongji.

- Die Aufgabe von Zhu Rongji, für die tagespolitische Arbeit des Staatsrats verantwortlich zu sein (fuze guowuyuan changwu gongzuo), weist ihn als den eigentlichen 'Macher' an der Spitze der Zentralregierung aus. Diese Position wird auch dadurch untermauert, daß Zhu mit der Führung über den gesamten Wirtschafts- und Finanzbereich betraut ist. Damit hat Zhu Rongji alle wirtschaftspolitischen Führungsfunktionen übernommen, die Li Peng bis zum XIV. Parteitag innegehabt hatte. Bereits seit seiner Ernennung zum stellvertretenden Ministerpräsidenten im April 1991 hatte Zhu Rongji seine Position im Wirtschaftsbereich kontinuierlich auf Kosten von Li Peng ausbauen können. Den Durchbruch erzielte Zhu auf dem XIV. Parteitag im Oktober 1992, als er in den Ständigen Ausschuß des Politbüros gewählt wurde. Im Anschluß daran wurde ihm auch die Führung über die tagespolitische Arbeit des Staatsrats und über die Wirtschaftspolitik übertragen. Zhu Rongji ist gegenwärtig sicherlich der aussichtsreichste Anwärter auf den Posten des Ministerpräsidenten, wenn Li Peng aus gesundheitlichen und/oder politischen Gründen sein Amt aufgeben müßte.

- Es wäre jedoch verfehlt, aufgrund der Aufwertung von Zhu Rongji zum obersten Wirtschaftspolitiker Chinas Li Peng machtpolitisch abzuschreiben: Li Peng ist nämlich für die machtpolitisch bedeutsamen Bereiche innere Sicherheit, Personalwesen und Strukturreform der Regierungsorgane zuständig. Unterstützt wird er darin von seinem Gefolgsmann Luo Gan, der diese Auf-

gabenbereiche als Staatsratskommissar abdeckt und überdies die machtpolitisch wichtige Position des ZK-Generalsekretärs einnimmt.

- An Platz 3 der Hierarchie der Führer des Staatsrats steht Zou Jiahua, der allein für die Oberaufsicht über 17 Kommissionen und Ministerien zuständig ist. Auf den Plätzen 4 bis 6 folgen Qian Qichen, Li Lanqing und Luo Gan.

-sch-

*(6)

Li Peng schwer erkrankt:

Erkältung, Lungenentzündung, ein oder zwei Herzinfarkte, Herzoperation oder Leberkrebs? - Ein Haufen Gerüchte und eine Informationspolitik chinesischer Prägung

Ministerpräsident Li Peng konnte wegen einer offenbar schweren Erkrankung von Ende April bis über das Ende des Berichtszeitraums hinaus (Ende Mai 1993) seine Amtspflichten nicht wahrnehmen. Li wurde vom stellvertretenden Ministerpräsidenten Zhu Rongji vertreten, der bereits im Dezember 1992 während der Reise von Li Peng nach Vietnam kurzzeitig als geschäftsführender stellvertretender Ministerpräsident (changwu fuzongli) die Amtsgeschäfte von Li Peng übernommen hatte (siehe C.a., 1992/12, Ü 7). Zhu ist im Staatsrat ohnehin für die Leitung der politischen Tagesgeschäfte zuständig und deshalb von seiner Funktionsbeschreibung her Lis erster Stellvertreter im Amt des Ministerpräsidenten. Li Pengs Erkrankung war bekanntgeworden, als er am 26. April ein vereinbartes Treffen mit dem philippinischen Präsidenten Fidel Ramos absagen mußte.

Der Sprecher des Außenministeriums Wu Jianmin erklärte am Mittag des 26. April auf einer kurzfristig anberaumten Pressekonferenz, Li Peng habe sich eine Erkältung zugezogen. Wu weigerte sich, zu bestätigen oder zu dementieren, daß der Ministerpräsident in ein Krankenhaus eingeliefert worden sei. Ein Sprecher des philippinischen Präsidenten hatte morgens bereits bekanntgegeben, daß die Gespräche zwischen Ramos und Li Peng vom Besuchsprogramm gestrichen worden seien, da sich Li Peng am Wochenende (24./25.4.) zwecks medizinischer Behandlung in ein Kranken-

haus begeben habe müssen. Am darauffolgenden Tag wurde auch Li Pengs zwölfwägige Reise in fünf zentralasiatische Staaten abgesagt, die vom 28. April bis zum 9. Mai hätte stattfinden sollen. (FAZ, SZ, 27.4.93; NZZ, 28.4.93)

Am 28. April informierte Außenminister Qian Qichen europäische Journalisten, daß sich Li Peng eine Erkältung zugezogen habe und deshalb ein Krankenhaus habe aufsuchen müssen. Die chinesische Botschaft in Kasachstan, die erste Station der abgesagten Reise, erklärte, daß Li Peng sich eine Lungenentzündung mit hohem Fieber zugezogen habe. Das Außenministerium der Mongolei, der letzten Station der Reise, ließ verlauten, daß man von chinesischer Seite die Mitteilung erhalten habe, daß der chinesische Ministerpräsident an einer "Krankheit im Brustraum" (chest ailment) leide. (SCMP, 29.4.93)

Am 3. und 5. Mai berichtete die Hongkonger *Ming Bao*, daß Li Peng nicht an einer Grippe erkrankt sei, sondern einen Herzinfarkt erlitten habe. Er sei jedoch außer Lebensgefahr, und seine Genesung mache gute Fortschritte. Er werde seine Arbeit in einem Monat oder etwas mehr wieder aufnehmen können. (Nach SWB, 5. und 7.5.93)

Am 6. Mai erklärte der Pressesprecher des Außenministeriums, daß sich Li Peng von seiner Erkrankung erhole. Er werde von Zhu Rongji vertreten, der der geschäftsführende stellvertretende Ministerpräsident sei und verantwortlich zeichne für die tagespolitische Routinearbeit der Zentralregierung. (Le Monde, 9./110.5.93)

Die Hongkonger *South China Morning Post* zitierte am 7. Mai chinesische Regierungsquellen, die inoffiziell verlautet hätten, daß Li Peng in Wirklichkeit einen Herzinfarkt erlitten habe. Li sei außer Lebensgefahr, benötige jedoch noch "sehr viel Ruhe".

Einer Meldung der offiziellen Nachrichtenagentur Xinhua zufolge schrieb Li Peng in einem Antwortbrief an die KJV-Delegation aus Gansu, die am XIII. Nationalen Kongreß des Kommunistischen Jugendverbands teilnahm, daß "ich Gansu besuchen werde, wenn ich wieder gesund bin". (XNA, 10.5.93)

Auf der allwöchentlichen Pressekonferenz des Außenministeriums erklärte dessen Sprecher Wu Jianmin am 13. Mai, daß es Ministerpräsident Li schon besser gehe. Allerdings hätten ihm seine Ärzte geraten, sich noch eine Zeitlang zu erholen. Wu bat die ausländische Presse, sich nicht weiter in Gerüchten über die Erkrankung von Li Peng zu ergehen. Auf die Frage, warum denn die chinesische Seite offiziell so geheimnisvoll mit der Krankheit des Ministerpräsidenten verfare, antwortete Wu: "Jedes Land hat seine eigenen Methoden." China sehe keine Veranlassung, wie andere Länder zu verfahren, die täglich Bulletins über den Gesundheitszustand ihrer erkrankten Führer veröffentlichten. (SCMP, 14.5.93)

Am 15. Mai erklärte Zhu Rongji bei einem Treffen mit dem neuseeländischen Premierminister Bolger, daß sich Li Pengs Gesundheitszustand gebessert habe. (XNA, 16.5.93)

Die *South China Morning Post* berichtete am 25. 5. unter Berufung auf ungenannte chinesische Quellen, daß Li Peng einen leichten Herzinfarkt erlitten habe, nachdem er von Parteiveteranen wegen inkonsequenter wirtschaftspolitischer Haltung kritisiert worden sei. In einem internen KPCh-Dokument sei hingegen die Krankheit Lis als Erkältung definiert worden, die sich der Premier bei einem Gang durch den Regen in Shanghai im vergangenen Monat zugezogen habe.

Die *South China Morning Post* zitierte am 26. 5. ungenannte chinesische Quellen, denen zufolge Li Peng zumindest einen Herzinfarkt erlitten habe. Diplomatische Kreise in Hongkong und Beijing spekulierten derweil darüber, daß Li in der vergangenen Woche am Herzen operiert worden sei und daß die Operation nicht völlig zufriedenstellend verlaufen sei.

Die Hongkonger *Xin Bao* berichtete am 27. Mai, daß Li Peng nach einem Herzinfarkt operiert worden sei und deshalb noch zwei bis drei Monate benötige, um sich zu erholen (nach SWB, 29.5.93)

Der Beijinger dpa-Korrespondent ließ am gleichen Tag "eine gutinformierte Quelle" Spekulationen bestätigen, daß Li in der vergangenen Woche (17.-23.5.) eine zweite Herzattacke erlitten

habe. Eine "Regierungsquelle" habe davon gesprochen, daß ein großer Teil der Herzwand abgestorben und deshalb ein Bypass gelegt worden sei. Offiziell hieß es hingegen allwöchentlich, Li Peng ruhe sich auf ärztlichen Rat aus und erhole sich. Von einer "Erkältung" wurde offiziell nicht mehr gesprochen. (SZ, 28.5.93)

Einem Bericht der Hongkonger Zeitschrift *Jiushi Niandai* zufolge erlitt Ministerpräsident Li Peng Ende April einen Herzinfarkt. Er sei mittlerweile außer Lebensgefahr, benötige jedoch eine etwa dreimonatige Arbeitspause zur Rehabilitation. (JSND, 1993/6, S. 61)

Der Beijinger Korrespondent der Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* brachte eine ganz neue Variante der Erkrankung von Li Peng. Seinen "Quellen" zufolge leidet Li Peng an Leberkrebs im Frühstadium. (ZM, 1993/6, S. 9)

Faßt man die oben wiedergegebenen offiziellen Erklärungen und vielfältigen Gerüchte und Spekulationen verschiedener "Quellen" journalistisch innovativ zusammen, könnte man die folgende spannende Krankengeschichte konstruieren: Li Peng bekommt einen Schnupfen, weil er im Regen spazieren gegangen ist. Aufgrund von Arbeitsüberlastung verschleppt er seine Erkältung, und sie entwickelt sich zu einer fiebrigen Lungenentzündung. Da Li gleichzeitig auf einer parteiinternen Sitzung von einigen Revolutionsveteranen kritisiert wird, erleidet er einen ersten Herzinfarkt. Während sich Li Peng danach gut erholt, wird ihm zuge tragen, daß sein Gegenspieler Zhu Rongji ihn wirklich gut vertritt. Li regt sich darüber derart auf, daß er einen zweiten Herzinfarkt erleidet. Dieser erfordert eine Bypass-Operation. Bei den ärztlichen Untersuchungen wird nebenbei festgestellt, daß Li auch noch an Leberkrebs im Frühstadium leidet. - Eine vernünftige Informationspolitik hätte solche Gerüchte und Geschichten nicht aufkommen lassen. -sch-

*(7)

Politbüro-Berater Wan Li über die Studentenproteste von 1989, Korruption und politische Reformen

Auf einer internen Diskussionsveranstaltung über die gegenwärtigen Aufgaben der KPCh Anfang Mai 1993

hielt der frühere NVK-Vorsitzende und heutige Berater des Politbüros Wan Li eine Rede zum Thema "Einige Aspekte, gegenüber denen unsere Partei wachsam sein und die sie noch einmal überdenken sollte im Rückblick auf den politischen Zwischenfall in Beijing im Jahre 1989". Nach Darstellung von Wan Li besteht innerhalb der KPCh Übereinstimmung hinsichtlich der abschließenden Beurteilung des Ausgangs der Ereignisse im Frühsommer 1989. Allerdings gebe es nach wie vor unterschiedliche Ansichten über die Maßnahmen, die die Parteizentrale in der Anfangsphase der Studentenbewegung ergriffen habe. (ZM, 1993/6, S. 12-13)

Während des gesamten Prozesses der Proteste seien die Partei und die Regierung vorbereitet gewesen, "die Affäre rechtzeitig, angemessen und sorgsam beizulegen" (*jishi tuoshan de jie jue fengbo*), doch damals habe ein Teil der Genossen in der Führung des Politbüros [d.h. im Ständigen Ausschuß des Politbüros] nur im eigenen politischen Interesse gehandelt und Fraktionskämpfe ausgefochten, anstatt zuallererst im Interesse der Partei und Staates zu agieren. Dadurch habe man die Gelegenheit verpaßt, die Probleme rechtzeitig zu lösen. Nur deshalb habe sich die Lage verschärft, habe die Bewegung eine andere Richtung eingeschlagen und sei dann nicht mehr zu kontrollieren gewesen. Von daher trage die Parteizentrale eine "relativ große Verantwortung" für den Gang der Ereignisse. Wan Li: "Wir können doch nicht behaupten, daß 20jährige Studenten in einer bestimmten Nacht ein gegen die Partei und gegen den Sozialismus gerichtetes Bewußtsein entwickelten und ein Komplott zum Sturz der zentralen Volksregierung ausheckten." (Ebenda)

Wan Lis zuletzt zitierte Ausführung bezieht sich auf die Ausschreitungen in der Nacht vom 19. auf den 20. April 1989 und die darauf folgende Sitzung des Ständigen Ausschusses des Politbüros, auf der Li Peng die Studentenproteste als nunmehr gegen die Partei und gegen die Regierung gerichtet verurteilte. Sie bezieht sich auch auf die erweiterte Sitzung des Ständigen Ausschusses des Politbüros vom 24. April, auf der Li Peng und Li Ximing diese Einschätzung wiederholten, sowie auf die entsprechenden Äuße-

rungen von Deng Xiaoping am 25. April und auf den Leitartikel der *Volkszeitung* vom 26. April 1989.

Insgesamt betrachtet stellen die oben wiedergegebenen Ausführungen von Wan Li eine harte Kritik an den politisch konservativ-orthodoxen Kräften, wie Li Peng, Li Ximing und Chen Xitong dar, denen Wan Li letztlich vorwirft, die Studentenproteste angeheizt und für ihren politischen Machtkampf und ihre persönliche Karriere ausgenutzt zu haben. Nach den informellen Disziplinarregeln der KPCh ist ein solches Verhalten einem Verrat an der Partei gleichzusetzen. Dagegen waren die politisch aufgeklärten Reformkräfte um Zhao Ziyang, zu denen auch Wan Li zu zählen ist, von Beginn an der Ansicht gewesen, daß den Studentenprotesten "angemessen und sorgsam" (*tuoshan*) begegnet werden müsse, um zu besänftigen und eine große Konfrontation zu vermeiden. Zhao Ziyang hatte parteiintern die Ansicht vertreten, mit den Studenten in einen Dialog zu treten und nicht durch eine harte Haltung die Widersprüche zwischen politischer Führung und Studenten zu verschärfen. Vor allem Li Peng und der damalige Beijinger Parteisekretär Li Ximing, aber auch Deng Xiaoping, hatten sich jedoch entschieden gegen eine weiche Gangart ausgesprochen. Ob die jetzt erfolgte Kritik von Wan Li auch Deng Xiaoping gilt, ist fraglich, denn Deng wurde am 25. April von Li Peng und Li Ximing offenbar sehr einseitig über die Studentenproteste informiert.

Die Kritik von Wan Li an dem parteischädigenden Verhalten von Li Peng, Li Ximing, Chen Xitong u.a. im Zusammenhang mit der Behandlung der Studentenproteste von 1989 zeigt, daß das Kapitel "4. Juni" auch innerhalb der Parteiführung noch nicht abgeschlossen ist. Li Ximing wurde auf dem XIV. Parteitag aus dem Politbüro entfernt, doch Li Peng und Chen Xitong sind bisher nicht für ihre Rolle bei der Behandlung der Studentenbewegung belangt worden. Vor allem gegen sie dürften sich deshalb die Angriffe von Wan Li gerichtet haben.

Wan Li zufolge ist die politische Situation Chinas gegenwärtig stabil, doch es gebe verschiedene Widersprüche und erhebliche Probleme sowohl innerhalb der Partei als auch innerhalb der Gesellschaft und zwischen den verschie-

denen gesellschaftlichen Schichten. Wenn diese Probleme nicht mit Hilfe von Reformen am politischen System gelöst würden, werde es zu neuen Unruhen kommen, und zwar nicht nur zu lokal begrenzten, sondern auch zu relativ umfassenden und langandauernden Unruhen.

Als eines der schwerwiegendsten Probleme bezeichnete Wan Li die in den Partei- und Staatsorganen weitverbreitete Korruption. Diese sei auch eine der wesentlichen Ursachen für die Protestbewegung von 1989 gewesen. Wan Li: "Wir können nicht leugnen, daß heutzutage Korruption, gesetzwidrige Handlungen und Disziplinarverstöße innerhalb der Führungsschicht von Partei und Regierung und innerhalb nicht weniger Partei-, Regierungs- und Justizorgane ein schwerwichtiges Ausmaß erreicht haben. Korruption, Erpressung, Bestechung, Ausnutzung von Amtsvollmachten zur Erlangung von privaten Vorteilen, Dekadenz und gesetzwidriges Handeln sind nicht etwa auf wenige beschränkt und geringfügig sondern relativ weit verbreitet und ziemlich schwerwiegend. Innerhalb der Partei und unter den Volksmassen herrscht Unzufriedenheit hierüber, und man ist erzürnt. Man will dagegen kämpfen, und man möchte seinem Ärger Luft machen. Das ist nur sehr natürlich, und wir haben kein Recht, das zu unterbinden [sic!]. Diejenigen, die gegen die Gesetze verstoßen, sind nicht die Volksmassen, sondern jene degenerierten Kreaturen (bailei) [sic!] innerhalb unserer Führungsschicht auf allen Ebenen, die anstelle des Volkes die Politik bestimmen. Da es sich um die öffentlichen Diener des Volkes handelt, fordert das Volk die Entlassung von korrupten Bürokraten und von öffentlichen Dienern, die sich mit Hilfe ihres Amtes persönlich bereichern, und das ist nur selbstverständlich. Hierfür muß ein Mechanismus (jizhi) aufgebaut werden." (ZM, 1993/6, S. 13) -sch-

* (8)

Konstituierende Tagungen von fünf weiteren neugewählten Provinzvolkskongressen

Im Mai 1993 traten in folgenden Provinzen und Autonomen Gebieten die neugewählten Volkskongresse auf Provinzebene zu ihren konstituierenden Tagungen zusammen:

- Hebei,
- Hubei,
- Yunnan,
- Autonomes Gebiet Innere Mongolei,
- Autonomes Gebiet Ningxia.

Damit sind seit Januar 1993 in 29 der insgesamt 30 Verwaltungseinheiten auf Provinzebene (Provinzen, Autonome Gebiete und provinzfrie Städte) die neugewählten Volkskongresse zu ihren konstituierenden Tagungen zusammengetreten. Es fehlt jetzt nur noch die provinzfrie Stadt Tianjin.

In der Provinz Hebei und im Autonomen Gebiet Innere Mongolei wurde ein neuer Gouverneur bzw. Vorsitzender der Autonomen Gebietsregierung gewählt. Ye Liansong (Hebei) und Wu Liji (Innere Mongolei) sind beide gleichzeitig stellvertretender Provinz- bzw. Gebietspartei sekretär und ZK-Mitglied. In Hubei, Yunnan und Ningxia wurde der bisherige Gouverneur bzw. Vorsitzende der Autonomen Gebietsregierung in seinem Amt bestätigt.

Im Autonomen Gebiet Ningxia wurde auch der bisherige Parlamentspräsident Ma Sizhong wieder auf diesen Posten gewählt. In Hubei und in der Inneren Mongolei wurde jeweils der KPCh-Provinz- bzw. Gebietspartei sekretär gleichzeitig mit dem Amt des Vorsitzenden des Provinz- bzw. Gebietsvolkskongresses betraut: Guan Guangfu in Hubei und Wang Qun in der Inneren Mongolei. In Hebei und Yunnan wurde jeweils einer der stellvertretenden Provinzpartei sekretäre zum neuen Vorsitzenden des Provinzvolkskongresses gewählt: Lü Chuanzan in Hebei und Yin Jun in Yunnan.

Mit diesen Personalentscheidungen setzt sich der Trend fort, die Position des Vorsitzenden des Provinzvolkskongresses eng mit der KPCh-Provinzführung zu verbinden: In 21 der 29 bisher neugewählten Parlamente auf Provinzebene wird die Position des Parlamentspräsidenten von einem Politiker bekleidet, der gleichzeitig entweder Partei sekretär oder einer der stellvertretenden Partei sekretäre auf Provinzebene ist.

Noch enger ist die personelle Verflechtung von Partei- und Staatsorganen bei der Position des Regierungschefs auf Provinzebene: In 25 von 30 Provinzen ist der Gouverneur gleichzeitig stell-

vertretender Provinzpartei sekretär oder sogar Provinzpartei chef. Ausnahmen von der Regel sind lediglich die Provinzen Guizhou, He'nan, Shanxi und Zhejiang sowie die provinzfrie Stadt Tianjin, wo die Wahl eines neuen Bürgermeisters noch aussteht.

Mit der in den letzten Monaten zunehmenden engen personellen Verflechtung von Partei- und Staatsorganen sowohl in der Zentrale als auch in den Provinzen hat sich die KPCh-Führung deutlich von dem politischen Reformkonzept der 80er Jahre verabschiedet, das die personelle Trennung von Partei- und Staatsämtern beinhaltete. -sch-

* (9)

Bauernunruhen alarmieren politische Führung: Neue ZK-Führungsgruppe

Die massive Unzufriedenheit auf dem Land über relativ geringe Einkommen, zu hohe und oft ungerechtfertigte lokale Abgaben und über die Korruption und Willkürherrschaft der lokalen Kader, die seit Ende 1992 vereinzelt zu bäuerlichen Demonstrationen und Unruhen eskalierte, hat die politische Führung Ende April veranlaßt, eine speziell für die Landwirtschaft zuständige "Führungsgruppe" (lingdao xiaozu) innerhalb der KPCh-Zentrale einzusetzen. Leiter der ZK-Führungsgruppe für Landwirtschaft ist der geschäftsführende stellvertretende Ministerpräsident Zhu Rongji. Seine beiden Stellvertreter sind Staatsratskommissar Chen Junsheng und ZK-Sekretär Wen Jiabao. Alle drei stehen den weitergehenden Reformvorstellungen des gestürzten ZK-Generalsekretärs Zhao Ziyang nahe. (SCMP, 1.5.93) -sch-

* (10)

Demonstrationen und Verhaftungen in Tibet

Vom 23. bis 25. Mai 1993 fanden in Lhasa drei Demonstrationen statt, an denen bis zu 2.000 Tibeter teilnahmen. Die Proteste richteten sich sowohl gegen die starke Verteuerung der Lebenshaltungskosten als auch gegen die chinesische Fremdherrschaft in Tibet. Nach anfänglicher Zurückhaltung gingen Einheiten der Bewaffneten Volkspolizei mit massivem Tränengaseinsatz gegen die Demonstranten vor. Auf beiden Seiten kam es zu Verletzten. (NZZ, 27.5.93; SCMP, 30.5.93)

Vor den Demonstrationen sollen über 100 Anhänger der tibetischen Unabhängigkeitsbewegung in Lhasa verhaftet worden sein. Damit sollte von offizieller chinesischer Seite verhindert werden, daß die Verhafteten Kontakte aufnehmen mit einer Delegation des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages und mit den zwölf Botschaftern der EG-Staaten in Beijing, die Tibet kurz vor den Demonstrationen besuchten. (FAZ, 19.5.93; Le Monde, 22. und 27.5.93) -sch-

*(11)

Eugeniker fordern Maßnahmen gegen Degenerierung des chinesischen Volkes

Chinesische Eugeniker und hochrangige Politiker sehen die genetische Qualität des chinesischen Volkes von zwei Seiten her als gefährdet an. Zum einen beklagen sie, daß ausgerechnet immer mehr Intellektuelle auf Kinder verzichten, während "kulturlose Menschen" in der Bevölkerung mehr Kinder bekommen als zulässig, zum anderen fordern sie Maßnahmen gegen die Geburt von geistig behindertem Nachwuchs.

Zm ersten Punkt: Einer im Juni 1992 angestellten Erhebung zufolge gibt es in China mittlerweile 600.000 Ehepaare, die freiwillig auf Nachwuchs verzichten. In den wirtschaftlich entwickelten Regionen des Perlfuß- und des Yangtse-Deltas leben 97% dieser Paare in Städten und nur 3% auf dem Land, 68% haben eine Hochschulbildung genossen. Unter den über 30 Jahre alten Intellektuellen mit Hochschulbildung verzichten bereits 44% auf eigene Kinder. Diese Erkenntnisse sollten die Geburtenplaner erfreuen, werden allerdings als besorgniserregend gewertet. Da gleichzeitig gerade die ungebildeten Ehepaare die meisten Kinder bekommen, sinke die "Qualität der Bevölkerung" (GMRB, 24.5.93).

Um diesem "Hauptproblem" (ebenda) zu begegnen, müsse Intellektuellen nach Expertenmeinung erlaubt werden, ein zweites Kind zu bekommen, während Analphabeten, Halb-Analphabeten und Behinderte ebendaran zu hindern seien. Bislang habe die Familienplanungspolitik nur auf die Quantität, doch nicht auf die Qualität geachtet. Tatsächlich aber stammten in manchen Gebieten bis zu 88,9% der Zweitkinder aus Analphabeten- oder

Halb-Analphabeten-Familien. Der Teufelskreis, daß die armen Familien die meisten Kinder haben und daher aus ihrer Armut auch nicht herauskommen, müsse unterbrochen werden. Würde Intellektuellen ein zweites Kind erlaubt, würde dies den Erwerb von Wissen erstrebenswerter machen. Dies käme der Entwicklung der geistigen Zivilisation zugute. Die "Qualität der Bevölkerung" würde erhöht, es stünden Talente für das kommende Jahrhundert zur Verfügung, getreu dem eugenischen Prinzip, Wissenschaftler von Wissenschaftlern hervorbringen zu lassen, kämen intelligentere Kinder zur Welt und unnütze Gesundheitsausgaben würden vermieden. (*Zhongguo Tongxun She*, 11.4. 93, nach SWB, 11.5.93)

Zum zweiten Punkt: Am 18.5. beriefen die Staatliche Familienplanungskommission, das Gesundheitsministerium, die Chinesische Wissenschaftliche Gesellschaft für Eugenik und andere Stellen in Peking eine Tagung zum Thema "Eugenik und die Erbanlagen von Kleinkindern" ein. Unter prominenter Beteiligung von Ministern und hohen Parteivertretern wurden Vorschläge diskutiert, wie die körperlichen und geistigen Anlagen von Kindern und damit des chinesischen Volkes insgesamt zu verbessern seien. Als zentrales Problem erschien dabei, die Geburt von geistig Behinderten zu vermeiden. Derzeit käme in China auf 100 Kinder im Alter bis 14 Jahren ein geistig behindertes Kind; die bereits existierenden 50 Mio. geistig und körperlich Behinderten vermehrten sich jährlich um 400.000 mit Defekten behaftete Neugeborene. Die Gesellschaft könne mit diesen Massen vorwiegend geistig Behinderter kaum fertig werden, zumal die Mehrzahl der Behinderungen angeboren seien. Wohl und Wehe der chinesischen Nation hingen von einer Verbesserung der Erbanlagen des Nachwuchses ab. (RMRB, 19.5.93)

Drei Gruppen von Maßnahmen wurden vorgeschlagen: erstens die Verhinderung von Heiraten unter nahen Verwandten. Hier müsse klargemacht werden, daß solche Ehen "die wissenschaftlichen Kenntnisse der nächsten Generation gefährden" (GMRB, 19.5.93). Die Standesämter müßten Eheschließungen von nahen Verwandten unterbinden. Zweitens seien vorgeburtliche Untersuchungen durchzuführen, um im Falle drohender Debili-

tät den Fötus abtreiben zu können. Im ganzen Lande seien entsprechende Diagnosezentren einzurichten. Eine dritte Maßnahme sei die Jodversorgung in Jodmangelgebieten. Von weltweit einer Milliarde Menschen, die in Jodmangelgebieten lebten, entfielen 400 Mio. allein auf China. (ebenda)

Außer der ersten und der dritten Maßnahme wurde auch die Abtreibung als "präventiv" eingestuft. Moralische Bedenken wurden hierzu ebenso wenig geäußert wie in der Vergangenheit. Die anwesende Politprominenz teilte die von Fachleuten vorgetragene Sorge und sah ebenfalls eine wichtige Aufgabe darin, durch eugenische Maßnahmen die "Qualität" des chinesischen Volkes zu heben. (RMRB, 19.5.93)

Der ganze Themenkreis wird zwar rein technisch diskutiert, doch schwingen offenbar weitverbreitete Ängste mit, das chinesische Volk würde ohne entsprechende Gegenmaßnahmen genetisch degenerieren und damit gegenüber anderen Völkern minderwertig werden. Entsprechende Befürchtungen wären jedoch auch nach der Logik der chinesischen Eugeniker nur dann gerechtfertigt, wenn beispielsweise Inzucht und Jodmangel in der Gegenwart gegenüber früher stark zugenommen hätten. Dies dürfte aber kaum der Fall sein und wurde auch von niemandem behauptet. Die Experten scheinen vielmehr überzeugt zu sein, daß eine technisch-wissenschaftliche Zukunft allgemein Menschen mit höherer Intelligenz erfordere. Hier werden jedoch Bildung und Intelligenz miteinander verwechselt, denn daß es den Landbewohnern besonders in armen Gebieten tatsächlich an Intelligenz und nicht nur an Bildungsmöglichkeiten mangelt, wäre erst noch zu zeigen; irgendwelche Erkenntnisse hierüber wurden nicht verkündet. Zudem werden auch aus Wissenschaftlerkindern nicht automatisch neue Wissenschaftler, sondern nur, wenn entsprechende staatliche oder gesellschaftliche Ausbildungsangebote bereitstehen, die ebensogut von intelligenten Analphabeten-Kindern genutzt werden könnten, wenn diesen eine gute schulische Förderung zuteil würde. Da die zentrale Funktion des Bildungswesens sowie der prä- und postnatalen Gesundheitsversorgung auf dem Lande im Hinblick auf die gewünschte Entwicklung der "geistigen

Zivilisation" überhaupt nicht diskutiert, vielmehr rundheraus unterstellt wurde, daß Analphabeten genetisch minderwertigere Menschen seien und daher weniger Recht auf Fortpflanzung haben dürften als z.B. Wissenschaftler, wird man den Eugenikern und Politikern, die sich in diesem Sinne äußerten, den Vorwurf machen dürfen, eine Art Rassenhygiene zu befürworten.

Die Annahme, daß sich Intellektuelle, denen schon ein Kind zuviel ist, durch Lockerung der Geburtenkontrolle dazu bewegen ließen, den nationalen Genpool gleich mit zweifachem Nachwuchs zu bereichern, erscheint im übrigen als wenig realistische Hoffnung. Als die *Zhongguo Qingnian Bao* ("Chinesische Jugendzeitung") zum 1. April ihre Leser mit der frei erfundenen Behauptung narrete, Inhaber des Dokortitels und andere Intellektuelle dürften fortan zur Belohnung ein zweites Kind bekommen, löste dies noch Empörung bei führenden Parteifunktionären aus, und die Zeitung wurde gezwungen, ihre Leser am nächsten Tag für ihre Scherze um Verzeihung zu bitten (DGB, 9.4.93, nach SWB, 17.4.93). Nur zwei Tage später kam dann die Meldung, wonach tatsächlich erwogen wird, Intellektuellen mehr Geburten einzuräumen - diesmal offenbar kein Aprilscherz. (*Zhongguo Tongxun She*, 11.4.93, nach SWB, 11.5.93) -hws-

reichen zu beschleunigen. Vor allem seien unnütze Parallelforschungen, die Hortung von Fachpersonal und die Mittelverschwendung zu beenden. Zu entwickeln seien demgegenüber die Märkte für Technologie, für Daten und für Fachpersonal. Das Fachpersonal sei vor allem materiell besserzustellen, Kernbereiche seien durch Sonderzuwendungen zu fördern. Besondere Leistungen müsse durch gut dotierte Preise ausgezeichnet werden; die Besoldung sei kräftig anzuheben. (GMRB und RMRB, 13. und 16.5.93)

Da schon seit längerem regelmäßig über Reformen bei wissenschaftlich-technischen Institutionen berichtet wird - vor allem in Hinblick auf wirtschaftliche Umsetzung der Forschungen sowie auf stärkere Erwirtschaftung von Eigenmitteln brachten die Reden Zhu Rongjis und Jiang Zemin soweit wenig Neues. Sehr deutlich wurde dagegen die Steigerung der landwirtschaftlichen Erträge als dringendstes Forschungs- und Entwicklungsziel herausgestellt. Am ausführlichsten äußerte sich hierzu auf der Tagung das Staatsratsmitglied Song Jian. Angesichts des enormen Bevölkerungsdrucks und unvorhersehbarer Naturkatastrophen müsse das wissenschaftlich-technische Niveau der Landwirtschaft stark erhöht werden; dieses Ziel stehe in den 90er Jahren obenan. Alle Forschungs- und Entwicklungspläne hätten sich danach zu richten und vor allem die biotechnologische Forschung sowie Entwicklungen in der Nahrungsmittelverarbeitung voranzutreiben.

Erst an zweiter Stelle rangierten in den Reden Forschung und Entwicklung im Bereich der Hochtechnologie. Hier müsse China vor allem auf dem Weltmarkt seine Chancen nutzen. Während laut Song gegenwärtig nur 5% des chinesischen Exports auf hochwertige Waren entfielen, sei deren Anteil bis Ende der neunziger Jahre auf 10 bis 20% zu steigern. Der dritte Bereich, auf dem besondere Anstrengungen nötig seien, sei die Grundlagenforschung. (GMRB und RMRB, 15.5.93) Für die Grundlagenforschung wurde wenige Tage nach der Konferenz eine deutliche Mittelerhöhung bekanntgegeben (GMRB, 19.5.93).

Die Tatsache, daß nicht die prestigeträchtige Hochtechnologie, sondern die Landwirtschaft die Prioritätenliste

der staatlichen Forschungspolitik anführt, beweist, daß die Versorgungssicherheit bei den Nahrungsmitteln angesichts einer weiter steigenden Bevölkerung auch offiziell als kritisch angesehen wird. Die Möglichkeiten der Produktivitätssteigerung sind auf dem gegenwärtigen technischen Niveau der Landwirtschaft ausgereizt; gleichzeitig wird immer mehr Ackerland für Wohnungsbau, Industrieansiedlung und Verkehrswege umgewidmet. Auch wenn das Land unter normalen Umständen alle Bürger ernähren kann, wächst längerfristig die Gefahr, daß großräumige Dürre- oder Überschwemmungskatastrophen mindestens regional zu Mangel führen. Hinzu kommt, daß die Investitionen in die Landwirtschaft in den letzten Jahren stark hinter die Investitionen in andere Bereiche zurückfielen mit der Folge, daß sich die Schere zwischen niedrigem ländlichem und höherem städtischem Einkommen weiter öffnete und das Unruhepotential auf dem Land stark wuchs. Die Entwicklung ertragreicherer Nutzpflanzen könnte hier ebenfalls neue Einkommenschancen eröffnen. Möglicherweise bildeten die Sorgen um die landwirtschaftliche Produktivität überhaupt den Hintergrund für die Einberufung der Tagung. Gleichzeitig unterstrich die Regierung mit der Tagung ihre Ambitionen, China noch in diesem Jahrzehnt auf wissenschaftlich-technischem Gebiet aus der Zweitklassigkeit herauszuführen. -hws-

*(13)

Pressewesen: Parteikontrolle versus Marktwirtschaft und Pluralismus

Eine ganze Reihe von Berichten machten im Mai deutlich, daß der Partei die allseits propagierte marktwirtschaftliche Öffnung im Pressewesen entschieden zu weit geht. Da sich die meisten Buch-, Zeitschriften- und Zeitungsverlage aus den Verkaufserlösen finanzieren müssen, schlägt die Nachfrage des Publikums auf die Berichterstattung durch: Am meisten läßt sich mit "sex and crime" verdienen. Ebenfalls auf dem Vormarsch ist eine chinesische "grüne Presse" mit Klatschgeschichten über Prominente inklusive der Partei- und Staatsführung. Die Kontrollmechanismen, die die Linientreue im Pressewesen garantieren sollen, versagen vielfach, werden unterlaufen oder schlicht ignoriert. Selbst solche Verla-

Kultur

* (12)

Arbeitskonferenz für Wissenschaft und Technologie: Landwirtschaft an erster Stelle

Vom 12. bis 14. Mai fand in Peking eine vom Staatsrat einberufene nationale Arbeitskonferenz für Wissenschaft und Technologie statt. Dabei wiederholten Zhu Rongji und Jiangzemin als prominenteste Redner die bekannte These Deng Xiaopings, wonach Wissenschaft und Technik "die erste Produktivkraft" seien. Beide betonten die Dringlichkeit, auf diesen Feldern Fortschritte zu erzielen und für die Umsetzung der Forschungsergebnisse in wirtschaftliche Erfolge zu sorgen. Hierzu sei es nötig, die Strukturreform in diesen Be-